

Die Deutschbalten und die Idee vom nationallettischen Staat (1918–1934)

von Leo Dribins

Die Idee eines nationallettischen Staates hat keine lange Geschichte. Sie entstand erst in den Jahren des Ersten Weltkrieges und wurde nach dem Zusammenbruch des Russischen Reiches aktuell. Über ein unabhängiges Lettland hatte zwar bereits im Jahre 1905 der Lette Miķelis Valters, damals noch Sozialist, später Nationalist, publiziert, er plädierte zu jenem Zeitpunkt aber für eine Republik sozialistischen Typs. 1917 propagierten die Publizisten der Lettischen Nationaldemokratischen Partei – Ernests Blanks, Jānis Bankavs, Linards Laicens (später Kommunist), der Philosoph Pēteris Zālīte und andere – als erste einen unabhängigen lettischen Nationalstaat. Erst 1918 schlossen sich diesem Gedanken auch Politiker an – neben anderen Jānis Cakste, Zigfrīds Meierovics, Kārlis Ulmanis und Miķelis Valters. Ihr Ziel war es, mit Hilfe einer Staatsgründung die im Krieg zerstreute Nation (in Rußland gab es eine halbe Million lettischer Flüchtlinge) vor dem Untergang zu bewahren, sie wieder in der Heimat zu vereinen und eine Assimilation oder Entnationalisierung zu verhindern. Gleichzeitig sollte auch der Besitz des lettischen Bürgertums und der Bauern vor dem Übergang in die Hände eines bolschewistischen Staates oder deutscher Eroberer geschützt werden. Später, im unabhängigen Lettland, wandelte sich diese Idee in die kategorische Forderung nach einer Vormachtstellung der Letten, die ab 1931 Eingang in die staatliche Politik fand.

Die Idee eines nationalen Staates gewann im Jahre 1989 wieder große Anziehungskraft, als der Kampf des lettischen Volkes gegen die sowjetische Besatzung in der Forderung nach einer Wiedererrichtung der unabhängigen Republik gipfelte. Politische Umsetzung erfuhr sie jedoch erst 1993 nach den Wahlen zur fünften Legislaturperiode des Parlaments Lettlands, der Saeima, in der Regierungserklärung der neuen, von Valdis Birkavs gebildeten Regierung.¹ Nach wie vor werden aber in politischen und intellektuellen Kreisen Lettlands unterschiedliche, sogar gegensätzliche Standpunkte zur Notwendigkeit und Perspektive eines nationalen Staates artikuliert.

Sowohl in den Jahren 1918–1940 als auch gegenwärtig sind in der Diskussion über dieses Thema zwei Fragen strittig: 1) Kann in einem Land,

¹ Saeimā. Ministru kabinētā (In der Saeima. Im Ministerkabinett), in: Diena, Beilage vom 23. Juli 1993, S. 3.

in dem ein Viertel der Staatsbürger nicht lettisch ist, und in dem darüber hinaus viele Ausländer leben,² überhaupt ein Nationalstaat geschaffen werden, oder ist es nicht schon *a priori* multinational? 2) Wie soll der Nationalstaat aussehen – demokratisch, allgemein bürgerlich oder ethnokratisch, mit anderen Worten, mit oder ohne Partizipation der Minderheiten an der Staatsverwaltung?

Betrachtet man Lettland als Staat vom Standpunkt Theodor Veiters aus, eines Staatsrechtlers, der sich mit den Rechten von Nationen und Volksgruppen befaßt hat, dann ist ein nationaler Staat in Lettland weder rechtlich möglich noch politisch realistisch, da weder die nationale Homogenität der Einwohner noch die Harmonie zwischen den Nationen und Minoritäten ausreichen.³ Den gleichen Gedanken vermitteln auch mehrere Publikationen deutscher und deutschbaltischer Historiker, die Leben und Tätigkeit der Deutschbalten in der Republik Lettland in den Jahren 1918–1939 behandeln; teilweise befassen sie sich mit der Einstellung der deutschen Minderheit gegenüber der Idee einer nationallettischen Staatlichkeit. Besonders viele Informationen und Reflexionen beinhalten die Veröffentlichungen von Gregor Rutenberg, Friedrich Wittrock, Hans von Rimscha, Wolfgang Wachtsmuth und Michael Garleff, desgleichen viele Publikationen von Paul Schiemann sowie dessen Reden.⁴ Lettische Autoren haben diesen Bereich der Beziehungen zwischen Letten und Deutschbalten verhältnismäßig wenig erforscht, und wenn, dann vorwiegend polemisch, kaum wissenschaftlich. Fast schon eine Ausnahme bildet die

² Im Jahre 1996 waren von knapp 2,5 Mio. Einwohnern Lettlands etwa 720 000 Personen keine Staatsbürger. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Einwanderer aus der ehemaligen UdSSR, die während der sowjetischen Okkupationszeit nach Lettland gekommen waren. Nur 56,5% der registrierten Einwohner sind Letten. Vgl. National and ethnic groups in Latvia. Riga 1996, S. 94.

³ S. Th. Veiter, Nationalitätenkonflikt und Volksgruppenrecht im ausgehenden 20. Jahrhundert. Wien 1984, S. 38, 57 u. 188ff.

⁴ G. Rutenberg, Die baltischen Staaten und das Völkerrecht. Riga 1928; F. Wittrock, Die Rechtslage der deutschbaltischen Minderheit in Lettland. Ein Beitrag zur praktischen Anwendung des Minderheitenschutzes. Hamburg 1929; H. von Rimscha, Die Staatswerdung Lettlands und das Baltische Deutschtum. Riga 1939; W. Wachtsmuth, Von deutscher Arbeit in Lettland 1918–1934. Ein Tätigkeitsbericht. Materialien zur Geschichte des baltischen Deutschtums. Bd. 3: Das politische Gesicht der deutschen Volksgruppe in Lettland in der parlamentarischen Periode 1918–1934. Köln 1953; M. Garleff, Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen. Die parlamentarische Tätigkeit der deutschbaltischen Parteien in Lettland und Estland. Bonn-Bad Godesberg 1976 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 2.); P. Schiemann, Zwischen zwei Zeitaltern. Erinnerungen 1913–1919, bearb. v. H. Kause. Lüneburg 1979 (Schriftenreihe der Carl-Schirren-Gesellschaft. 3.); ders., Der richtige Weg, in: Rigasche Rundschau vom 2. Juli 1921; P. Šīmanis [= Schiemann], Baltijas vāci un Latvijas valsts (Die baltischen Deutschen und der Staat Lettland), in: Latvijas Republika desmit pastāvēšanas gados (Die Republik Lettland in den zehn Jahren ihres Bestehens). Rīga 1928, S. 47f. u. a.

kurze Übersicht von Edgars Andersons „Vācu minoritātes problēmas“ („Die Probleme der deutschen Minderheit“) in seiner umfangreichen Veröffentlichung zur Außenpolitik Lettlands während der Zwischenkriegszeit.⁵ Dabei ist zu berücksichtigen, daß lettische Autoren schon in den Jahren der autoritären Machtausübung Kārlis Ulmanis' und um so mehr während der sowjetischen Okkupation einer strengen Zensur unterworfen waren und über Probleme des Nationalstaates nicht hinreichend offen schreiben konnten. Angesichts der Macht der Kommunistischen Partei zwischen 1940/45 und etwa 1989 verbot es sich im allgemeinen, das Thema „Nationalstaat“ zu berühren. Deshalb mußten z.B. Pēteris Krupnikovs und Helena Šimkuva, die in den 70er und 80er Jahren zur deutschbaltischen Geschichte arbeiteten, diesen Bereich ausklammern.

Die Relevanz des Problembereiches kann indes kaum überschätzt werden. Die deutschbaltische Minorität war die älteste und politisch am besten organisierte nationale Minderheit in Lettland. Sie spielte in der Geschichte des Landes eine wichtige Rolle. Deshalb spiegelt sich in der Einstellung der Deutschbalten zur lettischen nationalen Idee wie in einem Fokus ein bedeutender, vielleicht sogar der bedeutendste Aspekt interethnischer Beziehungen wider, welcher die politische Atmosphäre zwischen Letten und Minoritäten in ihrer Gesamtheit stark beeinflusste. Die damalige Entwicklung erlaubt Schlüsse, die auch heute bei der Lösung der schwierigen Aufgabe des Neuaufbaus der wieder unabhängigen Republik Lettland von Nutzen sein können. Auf dem Weg der Integration in die Europäische Union müssen innere Stabilität hergestellt und ein Zusammenleben der Nationalitäten gewährleistet werden, das nach Überwindung von Konfrontationen der Vergangenheit in eine humane und rationale Ausöhnung mündet.

Im November des Jahres 1918 bemühten sich alle einflußreichen politischen Kräfte in Lettland, die Aufgabe der Gründung eines neuen Staates zu bewältigen.

Die Kommunistische Partei Lettlands als Bestandteil der Kommunistischen Partei Rußlands (Bol'sheviki), an deren Spitze damals der Rechtsanwalt Pēteris Stučka, die Publizisten Fricis Roziņš, Jūlijs Daniševskis und der Berufsrevolutionär Jānis Šilfs standen, war bestrebt, eine autonome lettische Sowjetrepublik als Bestandteil Sowjetrußlands zu proklamieren. Doch wurde sie im Dezember 1918 von Lenin, der sich von der Strategie einer Weltrevolution leiten ließ, genötigt, die Bildung eines formal unabhängigen lettländischen Sowjetstaates bekanntzugeben. Die lettischen

⁵ E. Andersons, *Latvijas vēsture. 1920–1940. Ārpolitika* (Geschichte Lettlands. 1920–1940. Außenpolitik). Bd. I, Stockholm 1982, S. 300 ff.

Bolševiki planten, diesen als Versuchslabor für eine Politik der „Diktatur des Proletariats“ „europäischen“ Zuschnitts (also z.B. ohne eine Verteilung von enteignetem Großgrundbesitz an besitzlose Bauern) zu gestalten und ihn als Korridor für eine „Verlagerung“ der „sozialistischen Revolution“ nach Mitteleuropa zu nutzen.

Die deutschbaltische adlig-bürgerliche Elite sprach sich auf einer Sitzung des Vereinigten Landesrates Livlands, Estlands, Rigas und Ösels am 6. November 1918 für die Bildung eines baltischen Gesamtstaates (Lettland und Estland), eine Vormachtstellung der deutschen Sprache und eine Anbindung des neuen Staates an das Deutsche Reich aus. Es wurde eine Regierung des geplanten Staates, der „Regentschaftsrat“, gewählt, der am 9. November 1918 im Rigaer Schloß zusammentrat. Er hoffte darauf, das Land mit Hilfe der deutschen Armee vor einem bolschewistischen Einfall zu bewahren. Doch stand die Gründung dieses „Staates“ nicht nur im Widerspruch zu den Wünschen und Hoffnungen der deutlich links orientierten besitzlosen Schichten, sondern auch zu den Interessen und nationalen Bestrebungen des lettischen und estnischen Bürgertums und der wohlhabenden Bauernschaft. Der Gedanke an einen baltischen Staat war auch außenpolitisch unrealistisch, da er die Folgen des Sieges der Entente außer acht ließ – die Aufteilung Osteuropas in neue Einflußsphären, aus denen Deutschland völlig ausgeschlossen war.⁶

Insofern war die Entscheidung des lettischen Bürgertums für die Gründung einer eigenen nationalen Republik viel realistischer; zu diesem Zweck bat man England und Frankreich um Unterstützung und Schutz vor einer drohenden Invasion der militärischen und agitatorischen bolschewistischen Kräfte. Dennoch kann man die Bedeutung des Vorparlaments, des sogenannten „Volksrates“, der am 17. November von Vertretern der lettischen nichtkommunistischen Parteien gebildet wurde, der Proklamierung einer Republik Lettland, die am Tag darauf erfolgte, sowie der Bildung einer Provisorischen Regierung unter der Führung von Kārlis Ulmanis nicht nur auf die Notwendigkeit der Abwehr eines bolschewistischen Angriffes reduzieren. Vielmehr verwirklichte die lettische Kulturalturnation das Selbstbestimmungsrecht der Völker und befand sich damit

⁶ Rutenberg wirft Deutschland vor, daß es nach dem Zusammenbruch des Russischen Reiches die lettischen und estnischen nationalstaatlichen Bestrebungen nicht unterstützt habe (Rutenberg, Staaten (wie Anm. 4), S. 10). Dazu muß allerdings folgendes angemerkt werden: Diejenigen Kreise, die in Deutschland bis zum 9. November 1918 an der Macht waren, waren an einer Verwirklichung der lettischen und estnischen nationalstaatlichen Ideen nicht interessiert. Kritik hätte daher eher an die später regierende deutsche Sozialdemokratie gerichtet werden müssen, die die Gelegenheit, gute Beziehungen zu den Nationen der baltischen Länder und ihren Staaten zu schaffen, ungenutzt verstreichen ließ.

im Einklang mit der historischen Entwicklung jener Jahre in Ostmitteleuropa. Die Mehrheit der deutschbaltischen Politiker verstand diese Entwicklung damals nicht und ließ sich von der vormodernen Idee privilegierter Standesrechte leiten. Der riesige Grundbesitz des deutschbaltischen Adels, auf den die besitzlosen lettischen Landpächter und Knechte Anspruch erhoben, wirkte zusätzlich wie eine eiserne Fessel.⁷ All dies spaltete die antibolschewistischen Kräfte und band diese eng an die entgegengesetzt orientierten Varianten der Staatsgründung.

Die weitsichtigeren Vertreter des lettischen Bürgertums waren sich bewußt, wie schwierig und kompliziert der Versuch sein würde, die Idee eines Nationalstaates umzusetzen, gerade auch in Anbetracht der jahrhundertalten Geschichte, des großen Einflusses und der Macht der deutschbaltischen nationalen Gruppe sowie der Komplexität des gesamten Minderheitenproblems, das etwa 20-25% der Einwohner des Landes betraf. Mīkēlis Valters, der inzwischen die Partei „Lettischer Bauernbund“ repräsentierte, publizierte am 14. November 1918 in der „Baltischen Zeitung“ den Artikel „Das Staatsvolk Lettlands“, in dem er die Deutschbalten aufrief, sich politisch mit den organisierten lettischen nationalen Kräften zu vereinigen und gemeinschaftlich die Gründung eines neuen Nationalstaates zu fördern. Wenn sich die Deutschen in das neue Staatsvolk einfügen würden, versprach Valters, „so werden sie sozial, politisch und kulturell einen wichtigen mitregierenden Bestandteil des neuen Staatsvolkes bilden“. Der Gedanke liegt nahe, daß damit nicht nur der persönliche Standpunkt des Autors, sondern auch ein Vorschlag der Mehrheit des lettischen bürgerlichen Parteienbündnisses „Demokratischer Block“ verkündet wurde. Am 16. November 1918 betonte der Jurist Kārlis Ducmanis in der einflußreichsten lettischen Zeitung „Jaunākās Ziņas“ in seinem Artikel „Latviešu nācija“ („Die lettische Nation“) zwar, daß die Staatsgründung durch das lettische ethnische Volk erfolgen müsse, das solchermassen vom Volk zur Nation würde, doch unterstrich er, daß die Staatsnation innerlich auch multiethnisch werden könne.⁸ Letztlich beschlossen die lettischen Nationalpolitiker jedoch, daß der Staat einzig durch lettische Parteien begründet werden dürfe. In der Erklärung („Plattform“) des lettländischen Volksrates vom 17. November 1918 zur Staatsgründung und in der Rede des Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung der Demokrati-

⁷ Im Jahre 1920 befand sich mehr als die Hälfte des landwirtschaftlich genutzten Bodens in Kurland, Livland und Lettgallen im Besitz deutscher und (in Lettgallen) polnischer Großgrundbesitzer; s. *Latvijas Satversmes Sapulce* (Die Versammlunggebende Versammlung Lettlands). Bd. I, Rīga 1920, S. 545 f.

⁸ K. Ducmanis, *Latviešu nācija* (Die lettische Nation), in: *Jaunākās Ziņas* vom 16. November 1918.

schen Republik Lettlands, Kārlis Ulmanis, anlässlich der Proklamierung der Republik am 18. November 1918 wurde allerdings eine Beteiligung der Minderheiten an den Staatsorganen – am Volksrat, an der Provisorischen Regierung und an der später zu wählenden Verfassunggebenden Versammlung – vorgesehen.

Dies wurde als Ausdruck der Umsetzung demokratischer Prinzipien verstanden. Die Mehrheit, die Letten, baten die nationalen Minderheiten, sich „auf der Grundlage des proportionalen Wahlrechtes“, d.h. entsprechend dem Anteil der stimmberechtigten Einwohner an der Gesamtheit der Wählerschaft, an der Staatsvertretung zu beteiligen. Nach Berechnungen belief sich die Zahl der Deutschbalten in Lettland am Ende des Jahres 1918 auf ungefähr 78000, d.h. über 5% der Bevölkerung. Zieht man Angehörige anderer Nationalitäten hinzu, die in ihrer Familie die deutsche Sprache gebrauchten, dann waren es sogar annähernd 6%.⁹ Die deutschbaltische Minderheit stand einer repräsentativen Beteiligung an den Staatsorganen zunächst jedoch weiter ablehnend gegenüber.

Der lettische nationale Standpunkt war damals nicht eindeutig. In einem Artikel der Redaktion der Zeitung „Jaunākās Ziņas“ mit dem Titel „Esi sveicināta, jaunā Latvija“ („Sei gegrüßt, neues Lettland“) vom 19. November 1918 wurde gefordert, daß sich die Republik nicht auf einem ethnozentrischen Fundament bilden dürfe und der Souverän „die gesamte Nation Lettlands ohne jegliche Unterschiede, einschließlich auch unserer Mitbürger anderer Nationalitäten“, sein solle. „Nur dann werden wir als Staat Bestand haben.“ So entstand gleichzeitig die Idee einer multiethnischen politischen Nation (Staatsnation) in Lettland. Sie sollte jedoch deklarativen Charakter behalten und war eher Ausdruck vager Zukunftshoffnungen als Beschreibung realer Zustände.

Der deutschbaltische Historiker Hans von Rimscha kam seinerzeit zu dem Schluß, daß die Staatsgründung des 18. November 1918 weder den Beginn der Umsetzung der Staatsidee in die politische Realität noch den Abschluß dieses Prozesses bedeutete: „Zu einer politischen *Realität* wurde es erst später.“¹⁰ Rutenberg wiederum war der Meinung, daß der Aufbau des unabhängigen Lettland tatsächlich erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 beginnen konnte, nachdem die Versuche des deutschbalti-

⁹ In den Jahren 1919/20 verließen ca. 20000 Deutschbalten Lettland. 1920 wurden bei der Volkszählung in Lettland 58113 Deutsche registriert, 3,6% der Einwohner. Die Volkszählung von 1925 konstatierte 70964 Deutsche (3,8%), doch war das Deutsche die Muttersprache von 80135 Personen (4,5%). S. H. Pärn, Bildungszustand, Sprachkenntnisse und Umgangssprache der Bevölkerung in Lettland, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums (1927), S. 67; Geburtenüberschuß und Volkstumszunahme in der Bevölkerung Lettlands, in: Baltische Monatshefte (1937), H. 3, S. 142.

¹⁰ Rimscha, Staatswerdung (wie Anm. 4), S. 3.

schen Adels, die Entstehung dieses Staates zu verhindern, gescheitert waren.¹¹ Hier muß allerdings hinzugefügt werden, daß andererseits zugleich erst der deutsche und deutschbaltische militärische Einsatz zum Zusammenbruch der bolschewistischen Lettischen Sowjetrepublik führte, der seinerseits ebenfalls eine Voraussetzung für die Konsolidierung der Republik Lettland war.

Die Konfrontation zwischen Letten und Deutschbalten in den Jahren 1918/19 verlief nicht im Zusammenhang mit der Proklamation des Staates Lettland an sich, sondern im Kontext der Meinungsverschiedenheiten darüber, wie dieser Staat überhaupt aussehen sollte. Die Idee eines baltischen Gesamtstaates wurde nach dem 18. November 1918 überwiegend von Kreisen deutscher Militaristen und monarchistisch gesinnter Politiker angeregt, die Hoffnungen auf fortgesetzten Widerstand gegen die Ententemächte bzw. auf eine sofortige Vorbereitung eines Revanchekrieges hegten, falls es möglich sein würde, zu diesem Zweck im Baltikum eine Basis zu schaffen. Diesem Gedanken schloß sich ein gewisser Teil des deutschbaltischen Adels und der reicheren Familien des Bürgertums an, aber durchaus nicht alle.¹² In der deutschbaltischen Presse, in der Rigaer „Baltischen Zeitung“ wie auch in der „Libauschen Zeitung“, wurde die Handlungsweise der lettischen demokratischen Parteien und die Staatsgründung mit Feingefühl und Verständnis kommentiert; die genannten Presseorgane waren der Meinung, daß die Deutschbalten in einer solchen Situation auf ihren bisherigen Standpunkt hinsichtlich der Staatsbildung verzichten mußten.¹³

Nach dem 28. November 1918 stellte der „Regentschaftsrat“ seine Tätigkeit ein, und die Funktion der politischen Vertretung der Deutschbalten wurde vom Anfang November gebildeten „Baltischen Deutschen Nationalausschuß“ übernommen, einer Vereinigung politischer Parteien und Gruppen, deren bekannteste Führungsmitglieder die Rechtsanwälte Arthur Reusner, Wilhelm von Rüdiger und Friedrich von Samson-Himmelskjerna waren. Im Nationalausschuß gaben die konservativen Politiker den Ton an. Sie traten für Verhandlungen mit dem Volksrat über eine Zusammenarbeit mit der Provisorischen Regierung Lettlands ein, hauptsächlich in der Absicht, bewaffnete Kräfte für einen Kampf gegen einen

¹¹ Rutenberg, Staaten (wie Anm. 4), S. 23.

¹² Noch am 17. Dezember 1918 wurde diese Einstellung artikuliert „in programmistischer (sic) Erklärung des ‚Deutschen Baltenbundes‘“ (s. Wachtmuth, Von deutscher Arbeit (wie Anm. 4), Bd. 3, S. 43).

¹³ S. Der lettische Volksrat, in: Baltische Zeitung vom 19. November 1918; Volksrat und Minoritäten, in: Baltische Zeitung vom 21. November 1918; G.v.D., Die Republik Lettland, in: Libausche Zeitung vom 22. November 1918 u.a.

Einfall der bolschewistischen Armee zu organisieren. Der Nationalausschuß war Initiator zur Bildung der Baltischen Landeswehr. Verhandlungen mit Vertretern des Volksrates fanden vom 22. bis 24. November 1918 in einem Raum des „Hotel Rome“ statt. Auf jeder Seite nahmen neun Vertreter teil, und den deutschen Vorschlag brachten die oben erwähnten drei Führungsmitglieder des Nationalausschusses ein.¹⁴ In den Verhandlungen wiesen die deutschbaltischen Politiker die Forderung nach vorbehaltloser Anerkennung der Erklärung des Volksrates, in deren Ausarbeitung weder sie noch die Vertreter anderer Minoritäten eingebunden gewesen seien, zurück. Für die lettische Seite wiederum waren die Empfehlungen des Nationalausschusses zur Änderung dieser Erklärung sowie die Forderung, dem Nationalausschuß 15 von insgesamt 100 geplanten Sitzen im Volksrat einzuräumen, unannehmbar. Den deutschen Parteien wurden lediglich 8, den Minderheiten insgesamt 20 Sitze zugebilligt.¹⁵ Der Volksrat sah in den deutschen Forderungen den Versuch, einen Verzicht auf die Bildung eines lettischen Nationalstaates zu erzwingen und die Volksvertretung in ein ausgeglichenes, doppelgesichtiges Vorparlament von Letten und Minderheiten zu verwandeln, um danach die Zusammensetzung der Regierung entsprechend zu ändern – und dies vor dem Hintergrund, daß zu jenem Zeitpunkt von 100 Mitgliedern des Volksrates ohnehin nur etwa 40 arbeitsfähig waren. In den im Entstehen begriffenen lettischen Streitkräften hatten damals deutschbaltische Soldaten und Offiziere ein großes Übergewicht; die zu jener Zeit wichtigste Militärperson, der Leiter des Rigaer Militärbezirks, war der Generalmajor der ehemaligen Russischen Armee, Freiherr von Freytag-Loringhoven. Damit drohte es unmöglich zu werden, einen lettischen Nationalstaat ins Leben zu rufen. Wäre damals der Kompromiß zwischen Deutschen und Letten zustande gekommen, hätten davon politisch vor allem die lettischen Kommunisten profitiert. Sie hätten ihrem Kampf den Anstrich eines „nationalen“ Bürgerkrieges zwischen Letten und Deutschbalten verleihen können. Schon damals waren unter den Funktionären Stučka zahlreiche Gefolgsleute, die die Inspiration zu ihren Beschlüssen und Handlungsweisen nicht allein aus einem „revolutionären Marxismus“, sondern auch aus Ideen und Vorstellungen eines kleinbürgerlichen, jakobinischen Nationalismus bezogen. In den Köpfen vieler lettischer Kom-

¹⁴ Baltische Zeitung vom 26. November 1918; M. Walters, Baltengedanken und Baltenpolitik. Paris 1926, S. 36; Rimscha, Staatswerdung (wie Anm. 4), S. 98.

¹⁵ Rimscha, Staatswerdung (wie Anm. 4), S. 102; Wachtsmuth, Von deutscher Arbeit (wie Anm. 4), Bd. 3, S. 50.

munisten herrschte eine antideutsche und antirussische Stimmung.¹⁶ Vor allem aber hatte sich in der Zeit des Weltkrieges unter breiten Volksschichten ein spontaner Nationalismus ausgebreitet. Ohne die Position eines nationalen Staates zu vertreten, hätte das lettische Bürgertum damals keinerlei Aussicht gehabt, eine eigene Staatsmacht auszubilden. Andererseits hätte auch keine andere Gruppierung dem Land eine positive Zukunft geben können.

Dies verstand auch ein kleiner Teil der deutschbaltischen Politiker, der sich in der am 8. November 1918 gegründeten „Deutsch-Baltischen Fortschrittlichen Partei“ (FP) zusammengefunden hatte; sie unterstand nicht der Führung des Nationalausschusses und nahm als Partei separate Verhandlungen mit dem Volksrat auf. Ein bedeutsames Ereignis war der Parteibeschluss vom 28. November, die Rechte der lettischen Nation auf Bildung eines eigenen nationalen Staates anzuerkennen.¹⁷ Auch der deutschbaltische „Jungbaltenbund in Lettland“, dessen Zentrum sich in Liepāja (Libau) befand, sicherte der Regierung Ulmanis vorbehaltlose Unterstützung zu.¹⁸ Im Dezember 1918 löste sich auch die bereits im April 1917 gegründete „Deutsch-Baltische Demokratische Partei“ von der Linie des Nationalausschusses. Doch hatten diese Gruppierungen wenige Anhänger. Sie vertraten hauptsächlich liberaldemokratisch und linksdemokratisch orientierte Kreise der Intelligenz.

Am 30. November 1918 gab der Führer der FP, Baron Eduard von Rosenberg, bekannt, daß man die Bedingungen der Erklärung des Volksrates annähme. Am 2. Dezember nahmen bereits fünf Vertreter dieser Partei an einer ordentlichen Sitzung des Volksrates teil: E. Rosenberg, A. von Klot, W. Baum, W. Schreiner und O. Grosberg. Sie wurden daraufhin Mitglieder des Volksrates. Rosenberg wurde als Staatskontrolleur in die Provisorische Regierung aufgenommen, Klot zum Ministersekretär im Handels- und Industrieministerium und Karl Keller zum Sekretär des Bildungsministers ernannt. Praktisch hatten sie jedoch wenig Einfluß, da die Arbeit der Regierung wegen des raschen Vormarsches der kommunistischen Kräfte erschwert war und die Regierung Anfang Januar 1919 evakuiert wurde. Rosenberg fuhr mit dem englischen Kriegsschiff „Princesse Marguerite“ nach England. In den Reihen der FP gab es keine herausra-

¹⁶ Interessante Hinweise hierzu finden sich bei dem russischen Autor Nikolaj Berežanskij, der sich im Jahre 1919 unter Stučka im rätelettischen Riga aufgehalten hatte. Vgl. N. Berežanskij, Četyre s polovinoj mesjaca latyškogo bol'sevizma (Viereinhalb Monate lettischer Bolschewismus), in: Istorik i sovremennik (Der Historiker und Zeitgenosse). Bd. 4, Berlin 1923, S. 236 ff.

¹⁷ Wachsmuth, Von deutscher Arbeit (wie Anm. 4), Bd. 3, S. 52.

¹⁸ Libausche Zeitung vom 23. November 1918.

genden Politiker, die in der Lage gewesen wären, die Tätigkeit des Volksrates und der Regierung zu beeinflussen. Das am effektivsten arbeitende Parteimitglied war Wilhelm Schreiner, der zum Vorsitzenden der am 4. Dezember 1918 gegründeten Sektion des Volksrates für Nationale Angelegenheiten gewählt,¹⁹ 1919 zum bevollmächtigten Vertreter Lettlands in Deutschland ernannt wurde, in der außenpolitischen Kommission des Volksrates tätig war, seit 1920 den Posten des lettischen Gesandten in der Tschechoslowakei bekleidete und in dieser Funktion Lettlands *de jure*-Anerkennung bewirkte.

Von Mitte Dezember 1918 bis in den Januar 1919 hinein dominierte wegen des Rückzuges der Landeswehr und der deutschen Armee nach Kurland die Organisation der Verteidigung entlang der Venta-(Windau-) Linie die Beziehungen zwischen deutschbaltischen und lettischen nationalen Gruppen. Faktisch lag diese Aufgabe fast völlig in deutschen Händen. Im Februar 1919 formulierten die deutschbaltischen Vertreter in Liepāja, die dort die Tätigkeit des Nationalausschusses erneut aufgenommen hatten, von neuem ihre Forderungen zum Staatsaufbau. In 14 Punkten forderten sie die Unantastbarkeit des Rechtes auf Privateigentum für alle Besitzenden (folglich auch für die Großgrundbesitzer), die Gleichberechtigung der deutschen und lettischen Sprache in allen Bereichen des Staates und der Selbstverwaltung wie auch bei Gericht, die Umstrukturierung der Armee in lettische und deutsche Einheiten und die Formierung eines Beamtenapparates aus Vertretern aller Nationalitäten. Die Forderungen zielten darauf ab, den lettisch-nationalstaatlichen Kurs des Volksrates und der Regierung Ulmanis aufzuhalten und den Staat als eine binationale – deutsche und lettische – Republik aufzubauen. Hierbei konnte die deutsche Seite auf Unterstützung durch die anderen Minderheiten rechnen. Die schwierige militärische Situation, in der nur bewaffnete deutsche Kräfte die Bolševiki aus Kurland und Riga vertreiben konnten, zwang die lettischen Politiker noch einmal an den Verhandlungstisch. Doch da erlaubte sich die Geschichte einen grausamen „Streich“. Die Verhandlungen zwischen dem Nationalausschuß und dem Volksrat begannen in Liepāja am 16. April um drei Uhr nachmittags, gerade zu der Zeit, als ein Stoßtrupp der Landeswehr unter Hans von Manteuffel die Regierung Ulmanis stürzte, um an ihrer Stelle ein Ministerkabinett aus deutschbaltischen, strikt konservativen Vertretern und prodeutschen lettischen Gefolgsleuten zu „inthronisieren“. Die Putschisten versuchten ohne Rücksicht auf die politische Stimmung unter der großen Mehrheit der lettischen Bevölkerung und auf den Wunsch der Bürger nach einem

¹⁹ Wachsmuth, Von deutscher Arbeit (wie Anm. 4), Bd. 3, S. 20.

Nationalstaat, mit Waffengewalt einen binationalen Staat zu schaffen. Allerdings ist es unpräzise, den „Premier“ der von den Putschisten eingesetzten Regierung, Andrievs Niedra, nur als eine Marionette in den Händen deutscher und deutschbaltischer Reaktionäre anzusehen. Pastor Niedra selbst glaubte zu keinem Zeitpunkt an die Fähigkeit der Letten, einen unabhängigen Staat zu bilden und aufrechtzuerhalten; im Gegenteil, er war zutiefst davon überzeugt, daß Ordnung, Sicherheit und Fortschritt nur dann erreicht werden könnten, wenn dies im Einverständnis mit einem mächtigen Staat geschehe, an den Teile der Souveränität abgetreten würden. In jener Zeit sah er die Zukunft Lettlands nur in Verbindung mit einem wiedergeborenen Russischen oder dem Deutschen Reich. Dieses Ziel erklärt auch seine vom Standpunkt der lettischen nationalen Interessen aus verräterische Zusammenarbeit mit General Rüdiger von der Goltz und den von Niedra selbst früher gehaßten deutschbaltischen „Baronen“, mit denen sich auszusöhnen er im Namen höherer Ziele bereit war.

Von März bis April 1919 stand hinter der Regierung Niedra die in Liepāja selbsternannte und umbesetzte Führung des Nationalausschusses (Hermann Adolphi, Alexander von Rahden-Maihof, Wilhelm von Rüdiger, Artur Reusner, Friedrich von Samson-Himmelstjerna und andere), die einflußreicher war als die Regierung. So existierte auf dem von den deutschen Truppen kontrollierten Territorium vom 16. April bis Anfang Juli 1919 eine Diktatur der deutschbaltischen Spitze zusammen mit einer kleinen Gruppe von prodeutschen Letten, die allerdings nur die Rolle eines Anhängsels spielte. Diese Diktatur wollte ihre Vorherrschaft auf ganz Lettland ausweiten. Sie war das Machtinstrument der reichen Bevölkerungsschichten, die nicht nur gegen die „Sowjetrepublik“ der lettischen Kommunisten und Terroristen kämpfte, sondern auch gegen eine lettische nationale bürgerliche Staatlichkeit; ihr Ziel war, die Anfänge eines lettischen Nationalstaates zu zerstören, um die Gefahren abzuwenden, die dieser für deutschbaltischen Besitzstand und Einfluß in Lettland beinhalten würde.

Nach der Befreiung Rigas von den roten Machthabern (22. Mai 1919) besaß die in Liepāja entstandene, gegen eine nationale Regierung gerichtete Bewegung, welche Unterstützung von deutschen Soldaten unter der Führung von General von der Goltz erhielt, ausreichende Kräfte, um ihre Herrschaft auf ganz Lettland auszuweiten. Die der Regierung Ulmanis verbliebenen Truppen, eine zahlenmäßig schwache und schlecht ausgebildete Brigade in Nordlivland (nicht ganz 3000 Mann), wurden von seiten der Deutschen nicht als ernstzunehmender Gegner betrachtet. Allein der Einmarsch der schlagkräftigen estnischen Armee in Nordlettland und der

Wunsch der Estländischen Regierung, einen deutschen Sieg in Lettland zu verhindern, bewahrten die Anhänger der Idee eines nationallettischen Staates vor der andernfalls unvermeidlichen Niederlage.

In den Kämpfen bei Cēsis (Wenden) vom 19. bis 22. Juni 1919 entschied sich die Frage, wie die Republik Lettland aussehen würde. Sie wurde weder durch eine Volksabstimmung noch durch die Stimmenmehrheit gewählter Vertreter entschieden, sondern durch die Waffen der estländischen Armee unter General Johan Laidoner. Bei der Vereitelung des Sieges der Deutschen spielten allerdings auch die Männer der lettischen Brigade unter Hauptmann Jorgis Zemītans eine gewisse Rolle. Dieser Umstand hob das lettische nationale Selbstbewußtsein und ermöglichte es der Regierung Ulmanis, immer mehr Anhänger unter der lettischen Bevölkerung zu gewinnen.

Die Entente war nicht daran interessiert, daß Lettland unter die Kontrolle deutscher Militärs geriete, gegenüber der deutschbaltischen Elite zeigte sie sich jedoch toleranter, da sie an der Fähigkeit der lettischen Politiker zweifelte, für Recht und Ordnung zu sorgen. In Paris und London stand man dem Gedanken an den Aufbau eines lettischen Nationalstaates auch weiterhin skeptisch gegenüber. Das lettische Volk stand dort noch immer unter dem Verdacht, eine linksradikale Masse zu sein, von der extreme Aktionen zu erwarten seien. Einer solchen Annahme entsprang die Forderung der Vertreter Englands, Frankreichs und der USA, daß die lettischen Nationalpolitiker und die deutschbaltischen Führer nach den Kämpfen bei Cēsis einen Kompromißfrieden schließen und gemeinschaftlich den Krieg gegen die bolschewistische Armee fortsetzen sollten, in deren Machtbereich die östliche Region Lettgallen verblieben war. Der Kompromiß sah eine breitere Einbindung der deutschen, jüdischen und russischen Vertreter in den Volksrat sowie eine Umbildung der Regierung Ulmanis zu einem Koalitionskabinett vor, in das Vertreter der Deutschbalten und der Juden Lettlands aufgenommen werden sollten. So wurden am 13. Juli Edwin Magnus Justizminister und Robert Erhardt Finanzminister. Der jüdische Jurist Paul Mintz wurde mit dem Amt des Staatskontrolleurs betraut.

Nach der Reorganisation der Regierung eröffnete sich die Möglichkeit einer breiten Kompromißpolitik zwischen Letten und Deutschbalten. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht mit dem Pragmatiker Wilhelm von Fircks und dem liberalen Demokraten Paul Schiemann neue, realistischere und weitsichtigere Führer an die Spitze des Nationalausschusses gelangt wären. Diese beiden hervorragenden Persönlichkeiten verstanden es, nicht nur den überwiegenden Teil der deutschbaltischen Gesellschaft hinter sich zu bringen, sondern auch Respekt in

lettischen politischen Kreisen und bei den nichtdeutschen Minoritäten zu erringen.

Obwohl der deutschbaltische Nationalausschuß das Recht der mehrheitlichen lettischen politischen Parteien, die Haupttrichtung des Aufbaus des lettländischen Staates zu bestimmen, anerkannte, äußerte und verteidigte er gleichzeitig weiterhin konsequent seinen eigenen Standpunkt, daß ein demokratischer Staat Ethnokratie ausschließe und gleichzeitig strikt rechtlich begründet sein müsse, was sich besonders auf früher begründete Eigentumsrechte beziehe. Der erste Aspekt wurde eher von Schiemann, der zweite eher von Fircks betont. Die Mehrheit der deutschbaltischen politischen Führer forderte entschieden, Lettland nicht nur als Land der Letten, sondern auch als Land der dortigen historischen Minderheiten und als einzige Heimat der deutschbaltischen Volksgruppe anzuerkennen. Am 23. August 1919 fand auf einer Sitzung des Volksrates eine in diesem Zusammenhang aufschlußreiche Diskussion statt. Als der Deputierte des Lettischen Bauernbundes, Kārlis Pauļuks, erklärte: „Wir wollen in einem freien Lettland leben, und zwar nicht nur in einem unabhängigen, sondern auch in einem lettischen! Wir wollen, daß dieser Staat ein Staat der Letten ist (...), damit sie das letzte Wort in allen Staatsfragen haben“, entgegnete Schiemann: „Sie, meine Herren, sagen ‚Lettland ist für die Letten‘! Gut. Aber ich sage: Lettland gehört auch uns (...) Wir wollen unsere Heimat nicht verlieren.“²⁰

Dagegen bekundete Baron Rosenberg auf derselben Sitzung eine konforme Einstellung gegenüber dem lettischen Nationalstaatsgedanken: „Die Selbstbestimmung des lettischen Volkes ist die Grundlage, auf der wir arbeiten wollen (...) das Nationalgefühl des lettischen Volkes, das die Idee dieses Staates geschaffen hat, haucht auch seiner Gestalt Leben ein.“ Doch merkte auch Rosenberg an, daß die Losung „Lettland den Letten!“ leicht zu Chauvinismus führen und das gegenseitige Verständnis der Nationalitäten im Staat Lettland gefährden könne.²¹

Die deutschbaltischen politischen Sympathien lagen in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 viel mehr bei Fircks und Schiemann als bei Rosenberg. Die Idee eines Nationalstaates Lettland blieb unter den Deutschen unverstanden und wurde nicht unterstützt. Ihnen schien, daß die lettische Nation nicht in der Lage sei, einen Staat aufzubauen, und die intellektuelle Potenz ohnehin durch die Deutschen, die wirtschaftliche durch deutsche und jüdische Unternehmer und Eigentümer repräsentiert würden.

²⁰ Latvijas Tautas Padome. Stenogrammas (Der Volksrat Lettlands. Stenogramme). Rīga 1920, S. 233.

²¹ Ebenda, S. 234 f.

Daneben gab es weitere psychologische Gründe.²² So zeigte die Nationalstaatsidee in Lettland zu jener Zeit eine ambivalente Wirkung: Sie einigte die lettischen Gruppierungen, nicht aber die der Minderheiten des Landes.

Eine Prüfung bestand der junge lettländische Staat in der Zeit zwischen Oktober und November 1919 im Krieg gegen die deutschrussische Armee Bermond-Avalovs, deren wirklicher Befehlshaber Rüdiger von der Goltz war. Hier mußte noch einmal die Existenz einer lettländischen Staatlichkeit grundsätzlich verteidigt werden. Es war der Kampf gegen reaktionäre Kräfte, die auf eine Erneuerung des Russischen Reiches abzielten.

Die deutschbaltische Gesellschaft verhielt sich in diesem entscheidenden Abschnitt der Geschichte Lettlands im großen und ganzen abwartend, teilweise sogar loyal gegenüber dem Staat Lettland. Nur eine Minderheit, hauptsächlich aus den Reihen des gutsherrschaftlichen Adels, arbeitete offen mit der Bermond-Armee zusammen. Deshalb waren nach deren Niederlage einige gezwungen, nach Deutschland zu fliehen. Folgt man der Einschätzung von Wachtmuth und Rosenberg, so nahm die deutschbaltische politische Führung, einschließlich des Nationalausschusses, zu jenem Zeitpunkt die von Fircks empfohlene Haltung an: Wahrung der Neutralität im Krieg gegen Bermond, um so zu gewährleisten, daß die Baltische Landeswehr an der lettgallischen Front im Verband der lettischen Armee blieb und dort gegen die Rote Armee kämpfte.²³ So begab sich Fircks persönlich zu den Landeswehr-Kämpfern an die Front, um sie – mit Erfolg – davon zu überzeugen, daß es die heilige Pflicht der deutschbaltischen Soldaten sei, gerade in Lettgallen zu kämpfen.

Der Widerstand des lettischen Volkes gegen die Bermond-Armee wurde von der Fortschrittlichen Partei unterstützt. Die Rede Rosenbergs auf einer Sitzung des Volksrates am 9. November 1919, auf der eine Resolution gegen Bermond-Avalov verabschiedet wurde, wurde mit stürmischem Applaus bedacht. Wie Rosenberg selbst behauptete, habe dies die Vertreter der anderen deutschen Parteien im Volksrat gezwungen, auch

²² Schiemann schrieb in diesem Zusammenhang später, daß der Vorschlag der deutschen Fortschrittlichen Partei, sich dem Gedanken eines nationalen Staates Lettland anzuschließen, aus zwei Gründen zum Scheitern verurteilt gewesen sei: 1) Die Deutschbalten würden in schwierigen Momenten nur solchen Appellen Folge leisten, die ihre innere Geschlossenheit stärkten; 2) die „Progressivisten“ hätten die Notwendigkeit eines Nationalstaates nicht überzeugend darzulegen vermocht, sondern „operierten mit Beweisen von nacktem Opportunismus und sentimentalem Wunsch nach Verständnis“ (s. Šīmanis, Vāci (wie Anm. 4), S. 47).

²³ Wachtmuth, Von deutscher Arbeit (wie Anm. 4), Bd. 3, S. 99f.; E. von Rosenberg, Für Deutschland und Fortschritt in Lettland. Erinnerungen und Betrachtungen. Riga 1928, S. 107f.

über eine gemeinsame patriotische Haltung abzustimmen, obwohl sie dies ursprünglich hätten vermeiden wollen.²⁴

Der Sieg im Krieg gegen Bermond-Avalov stärkte das lettische nationalstaatliche Denken und Handeln außerordentlich. Der Einfluß des Nationalismus wuchs. Die deutschbaltische politische Neutralität, die gewissermaßen zum lettischen Sieg beigetragen hatte, wurde nun als passiver Verrat ausgelegt. Ulmanis unterstützte zwar die nationalistischen Radikalen nicht, war jedoch gezwungen, auf ihren Druck zu reagieren. In einer solchen Atmosphäre fand vom 5. bis 8. Dezember 1919 die dritte Umbildung der Regierung Ulmanis statt: Edwin Magnus wurde ausgeschlossen. Robert Erhardt verblieb im Amt, obwohl nationalistische lettische Deputierte, z.B. der Schriftsteller Kārlis Skalbe,²⁵ gegen sein Verbleiben im Amt des Finanzministers wütend protestierten. Rosenberg schrieb, daß es zuvor zwischen Ulmanis und dem Nationalausschuß zu einer Übereinkunft in dieser Frage gekommen sei.²⁶ Der Dialog zwischen der lettischen und deutschbaltischen politischen Führung wurde fortgesetzt. Aus der Sicht der lettländischen Staatsführung war es von großer Wichtigkeit, die Beteiligung der Landeswehr an der Befreiung Lettgallens von den Bolševiki sicherzustellen, die wenige Monate später, im Januar 1920, erreicht wurde.

So wuchsen gegen Ende des von großen Schwierigkeiten geprägten Jahres 1919 die Hoffnungen darauf, daß die deutschbaltische Volksgruppe doch noch ihren Platz in einem national geprägten Staat Lettland als eine von dessen loyalen Minderheiten finden würde.

Strikte Forderungen seitens der USA und der Entente, die unmißverständlich verlangten, daß die nach dem November 1918 gegründeten Staaten Süd- und Mitteleuropas bestimmte Minderheitenrechte im Bereich der Kultur und Bildung respektieren sollten, beeinflussten die Entwicklung positiv.²⁷ Die Sieger des Ersten Weltkrieges waren darüber beunruhigt, daß die Streitigkeiten zwischen den Titularnationen und den Minderheiten der jungen Staaten zum Ausbruch eines neuen Krieges und zu einer Zerstörung des von den Siegern festgesetzten sogenannten Versailler Systems (Grenzänderungen u.ä.) führen könnten. Besondere Aufmerksamkeit riefen die nationalen Konflikte in Polen – die Kämpfe der Polen gegen die Deutschen, Westukrainer und Litauer, die Judenpogrome u.a. –

²⁴ Rosenberg, Für Deutschtum (wie Anm. 23), S. 107.

²⁵ Latvijas Tautas Padome (wie Anm. 20), S. 621 ff.; K. Skalbe, Raksti (Schriften). Bd. 6, Stockholm 1955, S. 665.

²⁶ Rosenberg, Für Deutschtum (wie Anm. 23), S. 109 f.

²⁷ S. O. Kimminich, Rechtsprobleme der polyethnischen Staatsorganisation. Grünewald (u.a.) 1985, S. 57 ff.

hervor.²⁸ In Lettland fanden ausgesprochen ethnisch begründete Konflikte nicht statt. Das am 8. Dezember 1919 ratifizierte Gesetz über die Bildungsanstalten Lettlands bestimmte, daß das Schulwesen der Minderheiten „in seiner Organisation autonom“ sein sollte. Der Staat und die Selbstverwaltung verpflichteten sich, für jede Minderheit so viele Schulen zu eröffnen und zu unterhalten, wie zur Ausbildung ihrer Kinder nötig waren. An der Ausarbeitung dieses Gesetzes war auch der deutschbaltische Vertreter Pastor Karl Keller beteiligt, der dem Volksrat Lettlands am 2. Dezember 1919 auch einen Entwurf über eine umfassendere Kulturautonomie der Minoritäten eingereicht hatte.²⁹ Ein beachtlicher Teil dieses Entwurfes fand Eingang in das neue Bildungsgesetz, das anschließend konsequent umgesetzt wurde. Der deutsche Publizist Bernhard Lamey urteilte später, daß Lettland „ein juridisches Laboratorium für die Minderheitenrechte“ mit ausgesprochen positiven Resultaten geworden sei.³⁰

Solchermaßen schufen die bitteren Lehren des Jahres 1919 einerseits und die Einführung der Schulautonomie der Minderheiten im Jahre 1920 andererseits die Voraussetzungen für ein neues Verhältnis zwischen dem Staat Lettland und der deutschbaltischen Minderheit, dessen Grundlage die Einsicht in die Notwendigkeit loyaler und toleranter Beziehungen bildete.

In einer solchen Situation war die Selbstauflösung des Nationalausschusses und die Gründung des „Ausschusses der deutschbaltischen Parteien“ am 12. Februar 1920 unausweichlich. An die Stelle scharfer Konfrontationen bis hin zum Bürgerkrieg trat nun der friedliche politische Wettstreit zwischen der Führung der deutschbaltischen Gemeinschaft und der lettischen politischen Klasse um den Umfang der Rechte der deutschen Minorität (oder aller Minoritäten) und deren Realisierung. Den Beginn dieser Entwicklung markiert die aktive Beteiligung der Deutschbalten an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung Lettlands, bei denen sechs deutsche Abgeordnete Mandate erhielten (W. v. Fircks, K. Keller, P. Kluge, E. Knopp, E. Magnus und P. Schieman).

Die deutschbaltische Fraktion war bemüht, einen möglichst großen Einfluß auf die Ausarbeitung der Verfassung Lettlands zu nehmen. In der Verfassungskommission arbeitete von deutscher Seite auch Schieman

²⁸ S. B. Schot, Staat, Nation und territoriale Fragen im östlichen Mitteleuropa, in: Nationales Selbstverständnis und politische Ordnung, hrsg. v. H. Hecker u. S. Spieler. Bonn 1991, S. 51 ff.; T. A. Olszanski, Historia Ukrainy XX w. (Geschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert). Warszawa [1993], S. 82 ff.

²⁹ Latvijas Tautas Padome (wie Anm. 20), S. 558.

³⁰ B. Lamey, Die Minderheiten in Lettland. Riga/Berlin 1931, S. 5.

mit, der sich am Entwurf des Grundrechtsteils der Verfassung beteiligte. In diesem Abschnitt waren auch die Minderheitenrechte fixiert: Es wurde festgelegt, daß die Minoritäten in ihren nationalkulturellen Angelegenheiten autonome, öffentlich-rechtliche Organisationen sein sollten. Art. 115 des Verfassungsentwurfes sah die Annahme eines besonderen Gesetzes über die Verwendung der Minderheitensprachen in Institutionen des Staates, der Selbstverwaltung und der Justiz vor. Gleichzeitig wurde hervorgehoben, daß das Lettische Staatsprache sei.

Die Annahme eines solchen Verfassungsartikels hätte einen Kompromiß zwischen einem National- und einem Nationalitätenstaat bedeutet, doch fand eine solche Aussöhnung nicht statt, da auf der Sitzung der Verfassunggebenden Versammlung vom 5. April 1922 der Entwurf zum zweiten Teil der Verfassung nicht angenommen wurde (62 Stimmen dafür, 6 dagegen, 6 Enthaltungen). Ohne den zweiten Teil der Verfassung blieben jedoch Formulierungen des ersten Teils, etwa daß „die souveräne Macht des Staates Lettland vom Volk Lettlands ausgeht“ (Art. 2), d.h. nicht nur von der lettischen Nation, sondern vom ganzen Staatsvolk, mithin der Gesamtheit aller Bürger, im Sinne einer noch mit Leben zu füllenden Zukunftskonzeption rein deklarativ. Schiemann nannte deshalb das verabschiedete Grundgesetz Lettlands später eine „Rumpfverfassung“.³¹

Ungeachtet der Tatsache, daß die Ausbildung der verfassungsmäßigen Rechtllichkeit zunächst fragmentarisch blieb, bewiesen die deutschbaltischen Politiker in ihrer Gesamtheit dem jungen Staat gegenüber ihre Loyalität und beteiligten sich aktiv an der Arbeit in den auf der Grundlage der Verfassung geschaffenen staatlichen Institutionen. Vom deutschen Parteienblock wurden im Jahre 1922 sechs Abgeordnete in das erste Parlament Lettlands, die Saeima, gewählt (insgesamt gab es 100 Deputierte), in der zweiten Saeima (1925) waren es fünf, in der dritten (1928) sechs und in der vierten (1931) ebenfalls sechs Abgeordnete. Die deutschen Abgeordneten Schiemann, Fircks und der Jurist und Redakteur John Hahn, der in der außenpolitischen Kommission tätig war, wirkten in allen Parlamenten mit. Die Deutschbalten waren auch in den Präsidien der Saeima und in den meisten Regierungen und anderen leitenden Institutionen vertreten.³² Die deutsche Fraktion war in allen Parlamenten sehr aktiv. 15 der 18

³¹ P. Schiemann, *Acht Jahre lettländischer Verfassung*, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart* 18 (1930), S. 261.

³² Seit 1920 waren R. Erhardt, K. Keller (Stellvertreter des Bildungsministers), E. Magnus, Baron B. von Düsterlohe, B. von Berent (Justizminister) u.a. Regierungsmitglieder gewesen. In das Präsidium der Ersten Saeima zog E. Knopp (Zweiter Stellvertreter des Sekretärs), in das Präsidium der Dritten Saeima J. Jahn (Erster Stellvertreter des Sekretärs) ein.

zwischen 1918 und 1934 gebildeten Ministerkabinette konstituierten sich mit Unterstützung der deutschbaltischen Parteien.³³ Erwähnenswert ist etwa die Tatsache, daß im Dezember 1927 nach der Demission der linken Regierung von Margers Skujenieks der Staatspräsident Lettlands, Gustavs Zemgals, den Führer der vereinigten deutschen Fraktion der Saeima, Schiemann, aufforderte, die Bildung der nächsten Regierung zu übernehmen. Ihm gelang es, die Unterstützung von 51 oder 52 Abgeordneten zu erringen, doch sah Schiemann dies als nicht ausreichend an, um eine stabile Regierung zu bilden, und verzichtete deshalb auf die Regierungsbildung. Dies zeugt sowohl von Schiemanns politischer Weitsicht als auch von der Autorität, die er in Lettland genoß. Er war einer der demokratischen Politiker, der häufig nicht nur die Interessen der deutschen Minorität, sondern auch des gesamten lettländischen Volkes verteidigte.

In Schiemanns Gedanken über den Staat dominierte die Erkenntnis, daß im 20. Jahrhundert eine übernationale Staatsform die angemessenste sei. Die Macht sollte nicht bei einer einzigen ethnischen Nation liegen. Vielmehr sollte der Staat als neutraler, objektiver Schiedsrichter und Regulator zwischen seinen nationalen und ethnischen Gemeinschaften auftreten, indem er jeder Gemeinschaft ihre Existenz und kulturelle Autonomie garantierte.³⁴ Andererseits reklamierte Schiemann für den modernen Staat d.h. nationale Interessen, über die Interessen der Gemeinschaft seiner Bürger, die sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik umgesetzt werden müßten, so z.B. bei der Protegierung der nationalen Wirtschaft in Konkurrenz mit dem Kapital fremder Staaten.³⁵ Als antinational in staatlichem Sinne sah er eine Politik an, die nur die wirtschaftliche Tätigkeit einer einzigen Ethnonation stimulieren und die Möglichkeiten unternehmerischen Handelns von Angehörigen der Minderheiten einschränken würde.

Gerade in dieser Frage kam es zu scharfer Polemik zwischen lettischen nationalistischen Politikern und Publizisten auf der einen und Vertretern der Minoritäten auf der anderen Seite. Weithin bekannte lettische Autoren wie Ernests Blanks, Arturs Kroders, Jānis Lapiņš, Arveds Bergs, Jānis

³³ E. Šimkuva, Organizacionnaja sistema pribaltijskich nemcev v buržuaznoj Latvii (1920–1934) (Das Organisationssystem der baltischen Deutschen im bürgerlichen Lettland (1920–1934)), in: Germanija i Pribaltika. Sbornik naučnych trudov (Deutschland und das Baltikum. Sammlung wissenschaftlicher Arbeiten). Riga 1988, S. 90.

³⁴ S. P. Schiemann, Staatsvolk und Minderheit, in: Rigasche Rundschau vom 8. Mai 1926; ders., Volksgemeinschaft und Staatsgemeinschaft, in: Nation und Staat (1927), Nr. 1, S. 21 ff. u.a.

³⁵ Dr. P. S. [= P. Schiemann], Nationale Wirtschaftspolitik, in: Rigasche Rundschau vom 10. September 1921.

Akurāters, Ādolfs Klīve und andere machten dem Parlament und den Regierungen Lettlands unaufhörlich zum Vorwurf, daß die Volkswirtschaft ebenso wie vor der Erlangung der Unabhängigkeit von Fremdvölkischen beherrscht würde, in erster Linie von Juden und Deutschen, und daß die Letten auch in der Politik nur teilweise maßgebend seien. Gefordert wurde eine Lettifizierung der Wirtschaft per Staatsdekret und mit den Mitteln der Kreditpolitik.³⁶ Dies wurde unter anderem mit der Notwendigkeit, Mittel zur Unterstützung der lettischen Kultur zu finden, begründet.

Im Gegensatz zu diesem Standpunkt trug Schiemann die Perspektive einer Zusammenarbeit von Letten und Minderheiten und einer Annäherung im Bereich von Wirtschaft und Kultur auf der Grundlage gemeinsamer staatlicher Interessen vor. Seiner Ansicht nach hätte man gerade mit einer Annäherung zwischen Letten und Deutschbalten ein positives Beispiel gegeben und die Grundlage für die Bildung einer politischen Nation Lettlands in der Zukunft geschaffen.³⁷ Schiemann mußte sich gegen die Anwürfe der lettischen nationalistischen Publizisten zur Wehr setzen, der Ausschuß der deutschbaltischen Parteien sei das Zentrum einer gegen den lettischen Nationalstaat gerichteten Fundamentalopposition der Minderheiten geworden. In den Jahren 1920 und 1921 organisierte er einen Block der Minoritätenparteien, und in den Jahren 1923–1925 kämpfte er für die Annahme von Gesetzen, die den Minderheiten das Recht auf öffentlich-rechtliche Autonomie und innere nationale Selbstverwaltung geben sollten. Unter anderem trat er gegen eine sofortige Einführung des Lettischen als Staatssprache ein. Schiemann argumentierte, sowohl der Minoritätenblock als auch der Gesetzesentwurf zur Autonomie der Minderheiten würden sich nicht gegen den Nationalstaat Lettland wenden, sondern lägen – im Gegensatz zu ethnokratischen Tendenzen – im Gegenteil ganz in dessen demokratischer Zielrichtung. Er schrieb, daß die deutsche politische Aktivität „von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger ausgeht und sich gegen jeden Versuch wendet, irgendeine Klasse der Bevölkerung wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer anderen Nationalität zu benachteiligen oder zu bekämpfen. Der Nationalstaat ist verpflichtet, auch für die Bedürfnisse der Staatsbürger anderer Nationalität Sorge zu tragen.“³⁸ Er erklärte auch, daß man Lettisch als Staatssprache respektiere, aber der

³⁶ S. beispielsweise Ā. Klīve, *Latviešu pilsonības saimnieciskā politika 1918–1928* (Die Wirtschaftspolitik des lettischen Bürgertums 1918–1928). Rīga 1928, S. 26 ff. u.a.

³⁷ P. Schiemann, *Der richtige Weg*, in: *Rigasche Rundschau* vom 2. Juli 1921; ders., *Ein dies odii*, in: *Rigasche Rundschau* vom 1. Oktober 1921; ders., *Die Balten und Lettland*, in: *Rigasche Rundschau* vom 5. November 1921 u.a.

³⁸ P. Schiemann, *Parolen der Zusammenarbeit*, in: *Rigasche Rundschau* vom 20. August 1921 und vom 2. März 1922.

Meinung sei, der Übergang zu ihrer obligatorischen Verwendung im Staat, der Selbstverwaltung und der Justiz müsse schrittweise erfolgen. Schiemann, der sich oft im Ausland aufhielt und an der Führung des im Jahre 1925 gegründeten europäischen Minderheitenkongresses beteiligt war, brachte in seinen Äußerungen und Publikationen immer ein loyales Verhältnis zum lettländischen Staat und dessen Führung zum Ausdruck. Er lobte den Staat Lettland sogar für seine Toleranz gegenüber den Minoritäten.

Eine schärfere, unversöhnlichere Haltung in dieser Frage nahm der Vorsitzende der Anfang 1920 gegründeten, einflußreichen deutschbaltischen „Volkspartei“, Fircks, ein. Das ist verständlich, konnte er sich doch als Vertreter des deutschbaltischen Adels und als Standespatriot keinesfalls mit dem Gesetz vom 18. März 1920 über die Abgeltung der Vorkriegsrubel-Forderungen abfinden, das die Schulden der lettischen Hausbesitzer gegenüber den Grundbesitzern um 95% verringerte, und erst recht nicht mit dem am 16. September 1920 von der Konstituierenden Versammlung verabschiedeten Agrargesetz, durch das der größte Teil des deutschen Grundbesitzes enteignet und teilweise an Landlose, in erster Linie Teilnehmer der Revolution von 1905 und des lettischen Befreiungskrieges, verteilt wurde. So radikal diese Maßnahmen auch erschienen, so bildeten sie doch den Teil der staatlichen Sozialpolitik, der die Forderungen von Bauernschaft, Landarbeitern und Knechten erfüllte und damit in Lettland einigermaßen normale Voraussetzungen für ein innenpolitisch stabiles Leben schuf. Die Frage bleibt, ob die bürgerlich-demokratische Ordnung andernfalls von Dauer gewesen wäre. Zwar waren die Deutschen daran interessiert, daß es nicht zu neuen sozialen Unruhen kam oder sogar eine Revolution bolschewistischer Färbung ausbrechen würde. Doch war der deutsche Adel nicht bereit, Opfer in so großem Umfang zu bringen und in so großem Maße Zugeständnisse an die Interessen derer zu machen, die den lettischen Nationalstaat bewahren wollten. Denn gerade bei dessen Untergang hätte der Adel nicht nur seinen Grundbesitz, sondern darüber hinaus auch alles andere, was ihm gehörte, verloren.

W. von Fircks, W. von Rüdiger, M. von Vegesack und andere in jener Zeit sehr bedeutende deutschbaltische Politiker erreichten, daß die deutschbaltischen Parteien und Vertretungen den Kampf des Adels gegen die Agrarpolitik des lettischen Nationalstaats unterstützten. Er wurde zum nationalen Kampf der gesamten deutschbaltischen Gemeinschaft. Fast alle Letten wiederum standen in dieser Frage auf seiten ihrer Staatsmacht. Ununterbrochene Diskussionen, Streitigkeiten verschiedenster Art, Appellationen an das Ausland und den Völkerbund waren Ausdruck eines harten, doch in seinen Mitteln friedlichen Kampfes.

Fircks begründete die deutschbaltische Haltung damit, daß die gesamte Gemeinschaft, wenn sie das Land des Adels verliere, ihrer „Bodenständigkeit“ verlustig gehe, welche das Fundament ihrer Existenzsicherung und ihrer Lebensart sei, ohne die sie als Volksgruppe unabwendbar verschwinden oder zu einem parasitären Stand werden würde.³⁹ In der Tat bestätigte sich diese Prognose teilweise in den 20er und 30er Jahren, als die deutsche Gemeinschaft zahlenmäßig zu schrumpfen begann und ihre Rolle im gesellschaftlichen Leben Lettlands an Bedeutung verlor. Doch betraf der Prozeß des Verfalls hauptsächlich die Schichten der agrarischen Aristokratie. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung fand, indem er sich den neuen Umständen anpaßte, einen stabilen Platz im Nationalstaat Lettland, sowohl im wirtschaftlichen als auch im kulturellen Leben. Im Jahre 1935 stellten die Deutschen, die nur noch 3,2% der Bevölkerung Lettlands und nur 2,6% der arbeitenden Personen ausmachten, 14% derjenigen Bürger, deren Jahreseinkommen mehr als 2000 Lat betrug. Sie bezogen mit 5421 Lat jährlich das höchste durchschnittliche Einkommen (für die Juden betrug es 4597, für die Letten 4496 und für die Russen 4367 Lat jährlich).⁴⁰ Im Jahre 1930 belief sich das durchschnittliche Jahreseinkommen aller selbständigen Deutschbalten auf 1600 Lat, das der Juden auf 2100 Lat und das der Letten auf 800 Lat.⁴¹ Die reichen deutschen Kreise in Lettland waren noch recht stark und konnten den weniger wohlhabenden Menschen ihrer Volksgruppe Hilfe und Unterstützung bieten.

Unbegründet ist Fircks' Behauptung, der lettländische Nationalstaat habe seine wirtschaftliche Entwicklung hauptsächlich aus Mitteln finanziert, die er von Deutschland und Rußland nach den Friedensverträgen von 1920 sowie durch die „Beraubung“ der Deutschbalten erhalten habe. Fircks war der Ansicht, daß die Letten wirtschaftlich sehr ineffektiv arbeiteten, besonders „auf dem enteigneten Gutsland, in den neuen Zwergwirtschaften“. Deshalb sei „die Schuld am wirtschaftlichen Niedergang unserer Heimat“ bei ihnen zu suchen.⁴²

Heute wissen wir, daß die lettische Volkswirtschaft in der zweiten Hälfte der 20er Jahre und v.a. in den 30er Jahren, nachdem sie die durch

³⁹ W. Baron Fircks, Volkstum und Bodenständigkeit, in: *Baltische Monatsschrift* (1927), H. 1, S. 35 ff.

⁴⁰ O. Krastiņš, Otrais Latvijas saimniecības vēsturiskais mērķis – nacionālais taisnīgums (Das zweite historische Ziel der lettländischen Wirtschaft – nationale Gerechtigkeit), in: *Labrīt* vom 18. April 1994.

⁴¹ A. Ceihners, Cittauteišu iespaidis Latvijas saimnieciskā dzīvē (Der Einfluß anderer Nationalitäten im lettländischen Wirtschaftsleben), in: *Latviešu Balss* vom 5. April 1931.

⁴² W. Baron Fircks, Lettländische Innenpolitik und wir, in: *Baltische Monatsschrift* (1927), H. 3, S. 179, 184 u. 185.

die große Weltwirtschaftskrise geschaffenen Schwierigkeiten bewältigt hatte, bis auf das Niveau der entwickelten Staaten Europas anwuchs und der Wohlstand der Bevölkerung beachtlich war. In der zweiten Hälfte der 20er Jahre verbesserte sich auch das Verhältnis zwischen dem lettländischen Staat und den Deutschbalten spürbar. Erfolgreich entwickelte sich das deutsche autonome Bildungssystem. Im Unterrichtsjahr 1933/34 gab es 88 Grundschulen und neun Mittelschulen; damit hatte sich seit dem Unterrichtsjahr 1919/20 die Anzahl der deutschen Schulen verdoppelt.⁴³ Im Jahre 1930 stellten deutsche Jugendliche 11% der Mittelschulabgänger Lettlands.⁴⁴ Erfolgreich war die private deutsche Herder-Hochschule, der durch einen Beschluß der Saeima vom 24. Mai 1927 die Rechte einer lettischen höheren Lehranstalt zuerkannt wurden. Auch studierten viele deutsche Studenten an der Universität Lettlands. 6,69% der Hochschulabgänger zwischen 1920 und 1936 waren Deutsche.⁴⁵ Der deutschbaltische Pädagoge und Publizist Woldemar Wulffius schrieb in diesem Zusammenhang im Jahre 1928, daß sich die Deutschen in Lettland nicht wie Bürger zweiter Klasse fühlten, und „daher ist die Bezeichnung Minderheit auf die Balten nicht anwendbar(,) weil das Ewige, der Heimatboden, Balten und Letten eint“.⁴⁶

Nicht alle deutschbaltischen Aktivisten pflichteten jedoch einer solch positiven Einschätzung bei, es gab auch kritischere Beurteilungen. Der Königsberger Jurist Friedrich Wittrock, der sich mit diesem Problem befaßte, schlußfolgerte 1929: „Bisher ist nur ein mehr oder weniger reibungsloses Nebeneinanderleben der deutschen Minderheit und des lettischen Mehrheitsvolkes erreicht (...) Die deutschbaltische Minderheit muß daher (...) einen auf das Ganze gesehen notwendigen Teilzusammenhang im Staate ausmachen.“⁴⁷

Die große Wirtschaftskrise, die seit 1930 auch Lettland mit verheerender Wucht erfaßte, verschärfte zunächst allerdings wieder alle Bereiche des inneren Lebens. Unter der Krise litten besonders die lettischen Unternehmer, die im Gegensatz zu den deutschen und jüdischen über keine großen Kapitalreserven verfügten. Die Arbeitslosigkeit traf Letten, Rus-

⁴³ A. Staris, *Mazākumtautību skolas Latvijas buržuāziskās kundzības gados* (Die Schulen der nationalen Minderheiten in den Jahren der bourgeoisen Herrschaft in Lettland), in: *Apcerējumi par tautas izglītības un pedagoģiskās domas attīstību Latvijā* (Abhandlungen über die Entwicklung des Gedankens der Volksbildung und Pädagogik in Lettland). Rīga 1978, S. 102 ff.

⁴⁴ *Latvijas kultūras statistika 1918–1937. g.* (Kulturstatistik Lettlands 1918–1937), zusammengestellt v. V. Salnītis. Rīga 1938, S. 55.

⁴⁵ Ebenda, S. 75.

⁴⁶ Wittrock, *Rechtsslage* (wie Anm. 4), S. 105.

⁴⁷ Ebenda.

sen, Polen und Weißrussen am härtesten. In dieser Situation zeigten die linksradikalen und radikalnationalistischen Gruppierungen eine verstärkte Aktivität. Auch das im Parlament vertretene lettische Demokratische Zentrum, die Progressive Vereinigung, die Partei der Neusiedler und andere forderten eine Überprüfung der Staatspolitik, die ihrer Meinung nach allzu anational oder sogar „verräterisch“, auf jeden Fall sehr nachgiebig gegenüber dem Kreis der wohlhabenden Minderheiten und den Forderungen ihrer politischen Parteien gewesen sei. Mit anderen Worten – der Nationalismus ging zum Angriff über. Offen ausgesprochenen Haß gegen Deutsche und Juden propagierte die profaschistische Organisation „Donnerkreuz“, deren Gefolgsleute tagtäglich die Losung „Lettland den Letten. Den Letten Arbeit und Brot!“ skandierten und forderten, die Minderheitenrechte zu beschränken und Fremdstämmige aus Lettland zu vertreiben. Die Krise der demokratischen Ordnung Lettlands rückte näher.

In einer solchen Atmosphäre schlug die am 6. Dezember 1931 gebildete Regierung, deren Ministerpräsident der Vorsitzende der Progressiven Vereinigung, Margers Skujenieks (ein ehemaliger Sozialist), war, einen „neuen Kurs“ in der Absicht ein, die Rolle der Letten in allen Bereichen des staatlichen Lebens zu stärken. Skujenieks, der noch im Juli 1927 auf einer deutschbaltischen Konferenz in der Großen Gilde in Riga aufgetreten, mit Applaus begrüßt worden war und die Deutschen für ihren historischen Beitrag zum Wohle Lettlands gelobt hatte: „Wir Letten fühlen uns mit den Deutschen (...) wie ein Volk“,⁴⁸ erklärte nun im März 1931 öffentlich, daß nur ein national homogener Staat stark sein könne. Deshalb dürfe die Regierung nur diejenige Nationalität zielstrebig fördern, welche die Mehrheit der Bevölkerung stelle.⁴⁹ Besonders energisch wirkte in diese Richtung der damalige Bildungsminister, Atis Ķēniņš (Demokratisches Zentrum), der die Bildungsautonomie der Minderheiten auf dem Verwaltungswege einschränkte und die Mittelzuteilungen für die Minoritätenschulen zurückschraubte. Im April 1932 setzte die Regierung auf seine Initiative hin entsprechende Änderungen am Bildungsgesetz vom 8. Dezember 1919 in Form eines Sondergesetzes durch. Dagegen protestierten alle Minderheiten, auch die deutsche, scharf. Die Saeima bestätigte die Gesetzesänderung zwar nicht, doch blieben die Verordnungen in Kraft. Das Parlament wies Schiemanns Antrag, Ķēniņš das Mißtrauen auszusprechen, zurück (38 Stimmen dafür, 40 dagegen).⁵⁰ Zwischen diesen beiden Politikern entbrannten in der Saeima scharfe Wortgefechte. So ver-

⁴⁸ Latvis vom 10. Juli 1927.

⁴⁹ M. Skujenieks, Mums vajadzīga nacionāla politika (Wir brauchen eine nationale Politik), in: Tautas Balss vom 1. März 1931.

⁵⁰ Centra Balss vom 1. Juli 1932.

wies Schiemann am 10. Juni in einer Antwort auf eine Rede von Kēniņš, der mit seinen Verdiensten um Lettland prahlte, daß er mit seiner eigenen politischen Tätigkeit in Lettland und im Ausland mehr zum Wohle Lettlands beigetragen habe als Kēniņš, der eine mäßige Karriere als deutscher Lehrer, russischer Zensor und erfolgloser Diplomat und Minister hinter sich habe.⁵¹ Am 16. Juni 1933 mußte Kēniņš, schon als Minister der von Ādolfs Bļodnieks (Partei der Neusiedler) geführten Regierung, zurücktreten. Die von ihm eingeleiteten Beschränkungen des Minoritätenschulwesens wurden jedoch fortgesetzt, worunter auch die deutschbaltischen Bildungsanstalten zu leiden hatten.

Auch die Enteignung der zur deutschen lutherischen Gemeinde gehörigen Domkirche in Riga im Jahre 1931, die die Deutschbalten als Erniedrigung ihrer Minderheit auffaßten, sorgte für Erregung. Obwohl die Befürworter der Enteignung in einer Volksabstimmung nur 30% der Stimmberechtigten für sich gewinnen konnten, beschloß die IV. Saeima dennoch, die Kirche der lettischen evangelisch-lutherischen Gemeinde zu übertragen.

Die erwähnten Ereignisse verschlechterten das Verhältnis zwischen dem lettländischen Nationalstaat und der deutschbaltischen Gemeinschaft, die mit einer scharfen Kritik an Saeima und Regierung antwortete, weiter. Dennoch muß darauf hingewiesen werden, daß in diesem Fall der Auslöser des Konfliktes nicht der Staat als solcher gewesen war, sondern diejenigen lettischen nationalistischen Kreise, die damals an die Spitze der Regierung gelangt waren. Deshalb erklärte Schiemann in einer Rede auf der Sitzung der Saeima am 17. November 1931, daß das entschiedene Eintreten der deutschen Politiker für die Rechte ihrer Minderheit nicht die Eskalierung früherer nationaler Kämpfe hin zu endlosen Zusammenstößen bedeute.⁵² Im Abdruck seiner Rede in der „Rigaschen Rundschau“ lesen wir: „Niemand wird bestreiten wollen, daß in den nationalen Kampf bei uns, von beiden Seiten, unnütze Verschärfungen hineingetragen worden sind. Sollte nicht wirklich für Lettland der Augenblick gekommen sein, solchem Kampf ein Ende zu bereiten?“⁵³ Prophetisch waren Schiemanns Worte in dieser Rede, daß das Schicksal der europäischen Staaten, und somit auch Lettlands, nicht in inneren nationalen Kämpfen, sondern als Resultat einer Einigung der Großmächte entschieden werden

⁵¹ Latvijas Republikas IV Saeima. Stenogrammas (Die Vierte Saeima der Republik Lettland. Stenogramme). Rīga 1934, S. 1068. Kēniņš arbeitete nach 1944 in der Lettischen SSR als Dozent und Professor des Rigaer Pädagogischen Institutes (1947). Er starb 1961.

⁵² Ebenda, S. 87f.

⁵³ Rigasche Rundschau vom 19. November 1931.

würde.⁵⁴ Die Bürger Lettlands müßten zusammenstehen, um die zu erwartenden Prüfungen der Geschichte durchzustehen.

Solange die Führung der deutschen Gemeinschaft in den Händen von Schiemann, Fircks und deren Gesinnungsgenossen lag, suchte sie mit Hilfe einer Haltung, die dem Staat gegenüber loyal war und gleichzeitig Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verteidigte, einen Ausweg aus dieser verschärften Situation.

Leider unterlag in den Jahren 1933 bis 1934, nach der Machtergreifung Hitlers, die Vertretung der deutschbaltischen Minderheit in Lettland schrittweise dem Einfluß des nationalistischen Deutschland und der nationalsozialistischen Bewegung und geriet zunehmend unter das Diktat von Instruktionen aus Berlin und München. Die Loyalität gegenüber Lettland wurde durch die Unterordnung unter die Interessen des Dritten Reiches abgelöst.

Der Staatsstreich vom 15. Mai 1934 und die nationalistische Politik der autoritären Herrschaft Kārlis Ulmanis' schufen zusätzlich eine neue Szenerie im Verhältnis zwischen Staat und Minderheiten in Lettland, die eine weitere Entfremdung bewirkte.⁵⁵

Die Ereignisse mündeten im Herbst 1939 in den tragischen letzten Akt der Geschichte der Beziehungen zwischen dem lettländischen Staat und der deutschbaltischen nationalen Minderheit. Die Frage bleibt, ob es auch anders hätte kommen können, gab es doch vereinzelt den Wunsch, sich auszusöhnen, zusammenzuleben und gemeinsam in eine bessere Zukunft Lettlands zu gehen.

Die Erfahrung jener Zeit lehrt: Sowohl Ethnonationalismus als auch minoritärer Separatismus stehen im Widerspruch zum Wesen eines modernen Nationalstaates, dessen Träger die politische Nation aller Staatsbürger sein sollte. Ein vereinigtes Europa wird der Lösung dieses Problems einen Schritt näher kommen.

Aus dem Lettischen übersetzt von Sabine Jordan, Münster

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Die ideologischen Befürworter der autoritären Herrschaft Kārlis Ulmanis' behaupteten, daß der Staatsstreich vom 15. Mai vollzogen worden sei, um die von der parlamentarischen Ordnung aufgegebenen nationalstaatlichen Prinzipien zu erneuern. In der Saeima hätten Fremdnationale gemeinsam mit nicht national denkenden politischen Gruppen lettischer Nationalität geherrscht; nur ungefähr 30 von 100 Abgeordneten seien lettisch-national gewesen; s. A. Grīns, A. Krōders, Jaunā Latvija (Das neue Lettland). Rīga 1937, S. 7, 35 u.a.

